

Pressemitteilung

55 Prozent weniger Gäste und 47 Prozent weniger Übernachtungen im vergangenen Jahr

Einbruch im NRW-Tourismus: „Landesregierung darf Nöte der Beschäftigten nicht vergessen“

Düsseldorf, 16. Februar 2021

Mit Blick auf die heute bekannt gewordenen Zahlen des Statistischen Landesamtes zum pandemiebedingten Einbruch der Gästezahlen im nordrhein-westfälischen Beherbergungsgewerbe fordert die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) mehr Hilfen für betroffene Beschäftigte. *„Vom abgesagten Karneval bis hin zum Geisterspiel in der Fußball-Bundesliga: Die Corona-Pandemie trifft gerade den für Nordrhein-Westfalen wichtigen Städtetourismus mit voller Härte. Unter der andauernden Krise leiden aber nicht nur Hoteliers und Wirte, sondern auch die landesweit rund 300.000 Beschäftigten der Branche. Wegen niedriger Löhne und monatelanger Kurzarbeit kämpfen viele von ihnen mit existenziellen Problemen“*, sagt der Landesvorsitzende der Gewerkschaft, Mohamed Boudih.

Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) solle sich in Düsseldorf und Berlin für ihre Belange einzusetzen, fordert die NGG. *„Die Landesregierung darf die Nöte von Hotelangestellten, Köchinnen und Kellnern nicht vergessen. Ohne zusätzliche Hilfen drohen enorme Verwerfungen im unteren Einkommenssektor“*, warnt Boudih. Zusammen mit der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) verlangt die NGG die Einführung eines branchenunabhängigen Mindest-Kurzarbeitergeldes von 1.200 Euro im Monat. Als größtes Bundesland, das Unternehmen bereits mit Milliarden geholfen habe, solle sich Nordrhein-Westfalen der Forderung anschließen. Selbst nach sieben Monaten Kurzarbeit und 80-Prozent-Aufstockung komme eine Fachkraft im Gastgewerbe lediglich auf ein dreistelliges Einkommen, so die NGG. Hier werde schon die Zahlung der Miete zum „Kraftakt“.

Die Gewerkschaft ruft die Landesregierung zugleich auf, eine Öffnungsstrategie für das Hotel- und Gaststättengewerbe zu erarbeiten. *„Wenn die Infektionszahlen weiter sinken und Betriebe die Hygienevorschriften akribisch umsetzen, muss es auch wieder eine Perspektive geben, ab wann der Restaurantbesuch wieder möglich ist“*, sagt Boudih. Bund und Länder sollten dazu ein Konzept vorlegen, das mit den Sozialpartnern abgestimmt sei. Am 3. März beraten Bundeskanzlerin Merkel und die Regierungschefs der Länder über Lockerungen der aktuellen Vorschriften.

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes sank die Zahl der Gäste in Nordrhein-Westfalens Beherbergungsbetrieben im vergangenen Jahr um 55 Prozent auf elf Millionen. Die Übernachtungen erreichten einen Tiefststand von 28,5 Millionen (minus 47 Prozent). Einen niedrigeren Wert hatte es zuletzt im Jahr 1985 gegeben. Besonders stark fielen die Rückgänge in den Städten der Rheinschiene und im Ruhrgebiet aus.